

Bielefeld/Berlin, 4. Mai 2020

August-Bebel-Straße 62
33602 Bielefeld
Deutschland
Telefon 0521-60550
Telefax 0521-63789

Globale Solidarität gegen COVID-19 beweisen

NGO-Bündnis richtet eindringlichen Appell an Bundeskanzlerin

Die Forschung für Impfstoffe und Medikamente gegen COVID19 wird verstärkt. Dabei muss aber sichergestellt werden, dass die entwickelten Produkte auch für alle, die sie benötigen, zur Verfügung stehen.

Eine breite Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen¹ richtet sich angesichts der COVID-19-Pandemie mit einem dringenden [Appell an Bundeskanzlerin Angela Merkel](#): „Gesundheit ist ein Menschenrecht, auch in Krisenzeiten.“ Deutschland müsse sich dafür einsetzen, dass niemand bei den Bemühungen gegen das Virus benachteiligt oder ausgeschlossen wird. Zahlreiche Hilfsorganisationen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kirche haben sich dem Aufruf angeschlossen.

Die Bundesregierung sollte alles in ihrer Macht Stehende tun, damit egoistische Interessen von Staaten oder Gewinnerwartungen von Firmen nicht über das Leben von Menschen gestellt werden, fordern die Organisationen. Erste Gelegenheit bietet dazu die am 4. Mai stattfindende Finanzierungskonferenz unter der Leitung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die Bundeskanzlerin kann als Ko-Vorsitzende der Konferenz entscheidend dazu beitragen, dass nicht privatwirtschaftliche und nationalstaatliche Interessen dominieren, sondern die Kräfte gebündelt werden, damit niemand zurückgelassen wird.

¹ In der NGO-Koalition engagieren sich: Aktionsbündnis gegen AIDS, Ärzte der Welt, Ärzte ohne Grenzen, BUKO Pharma-Kampagne, Brot für die Welt, Medico international, Universities Allied for Essential Medicines und World Vision Deutschland.

Max Klein von der BUKO Pharma-Kampagne sagt dazu: „Der Einsatz öffentlicher Gelder für COVID-19-Forschung muss mit einer klaren Verpflichtung zu Datentransparenz, geringen Preisen und globalen Zugang verknüpft werden. Dafür müssen bereits bei der Vergabe klare Vereinbarungen getroffen werden, vage Zusagen reichen nicht aus. Auch über die notwendigen Produktionskapazitäten für Impfstoffe muss rechtzeitig gesprochen werden, damit erfolgreiche Impfstoffkandidaten nach Zulassung auch in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.“

Dass das keineswegs sicher ist, macht die aktuelle Drohung des französischen Pharmakonzerns Sanofi deutlich, seinen COVID-19-Impfstoff nach Zulassung nur in den USA auszuliefern, wenn die EU keine finanzielle Unterstützung für die Impfstoffproduktion gibt.²

Aktuelle weiterführende Informationen:

„Die Ärmsten trifft es am härtesten. Corona als globale soziale Katastrophe“

[Pharma-Brief, Nr. 3-4](#)

[Appell an Bundeskanzlerin Angela Merkel](#)

² SPIEGEL vom 25.4.2020 www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-impfstoff-pharmakonzern-warnt-us-buerger-koennten-zuerst-geimpft-werden-a-a45b9528-d637-4608-8d30-666e08856090